

Manuskript zur Stellungnahme zur Expertenanhörung „Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze“

am BMWI
in Berlin am 8. Mai 2008
Dr.-Ing. Dipl.-Phys. Gregor Czisch

Wir sind hier zusammgekommen, um ein Thema zu diskutieren, bei dem die Klimaveränderung als zweites Thema immer mitberücksichtigt werden muss.

Die Stromerzeugung verursacht weltweit fast die Hälfte der Emissionen des Klimagases Kohlendioxid aus fossilen Brennstoffen. Die CO₂-neutrale Gestaltung der Stromversorgung stellt sich damit als Schlüssel zur Nachhaltigkeit dar.

Ein vielversprechender, kostengünstiger und prinzipiell schnell umsetzbarer Lösungsweg ist die Umstellung der Stromversorgung auf die Nutzung erneuerbarer Energien in einem internationalen Stromverbund. Dieser Lösungsansatz wird implizit von der Bundesregierung mitgetragen.

- Das unterstreicht beispielsweise folgendes Zitat des BMU Staatssekretärs Michael Müller: *„Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass zur Erreichung des EU-weiten Ziels von 20% erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch der 27 Mitgliedstaaten im Jahre 2020 auch Strom aus erneuerbaren Quellen aus Nordafrika angerechnet werden kann, der in die EU eingeführt und dort verbraucht wird. Dies sieht der Vorschlag der EU-Kommission für eine neue, umfassende EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien vor, und Deutschland unterstützt diesen Ansatz. Damit können sehr gute Wind- und Solarenergiepotentiale in den südlichen Ländern des Mittelmeerraums erschlossen werden und diesen Ländern weitere Einnahmen aus Energieimporten ermöglichen.“* In die Ansätze der Bundesregierung findet eine Kopplung von Zielen des Klimaschutzes und der Entwicklungspolitik Eingang.
- Auch Szenarien, die durch das BMU in Auftrag gegeben wurden, sehen den Stromimport aus Nordafrika vor und das bereits ab 2020 (DESERTEC, Trans CSP).

Der Ansatz der großräumigen Stromversorgung ist meines Erachtens zudem kompatibel mit den Exportinitiativen des BMWI, die unter anderem die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien im MENA-Raum zum Ziel haben. Er bedingt aber den Ausbau geeigneter Übertragungsnetze, national wie international. Der großräumige Versorgungsansatz wird auch andernorts mit großem Interesse verfolgt

- So beispielsweise in Nordafrikanischen Ländern wie Ägypten und Marokko oder
- In der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrats und des Ständerats der Schweiz, wo die Vermeidung von Versorgungslücken in der Schweiz durch Import von Offshore-Windenergie aus Europäischen Küstenländern und die Bereitstellung von Backup-Leistung aus Schweizer Wasserkraft als Gegenleistung diskutiert wurde.

Die Umsetzung all dieser Überlegungen verlangt nach einem massiven Ausbau der Stromtransportsysteme.

- Allerdings ist der Ausbau des bestehenden 400 kV Drehstromnetzes nicht zielführend.
 - Wegen zu hoher Verluste und Kosten dieses Systems ist es ungeeignet für großräumige Transportaufgaben.
 - Zusätzliche Folgen seines Einsatzes für den Ferntransport wären eine extrem große Zahl von Transporttrassen und ein großer Flächenverbrauch. Das muss Eingang finden in die zukünftigen Planungen des Netzausbaus.

- Die Lösung liegt in einem Overlay- oder Super-Netz
 - Dazu bietet sich ein HGÜ-Netz an, das sich durch viel kleineren Landschaftsverbrauch, niedrigere Kosten und geringere Verluste ausweist.

Was folgert nun aus den Überlegungen?

Dazu möchte ich mich auf drei Punkte konzentrieren.

1. Der Bau neuer fossil gefeuerter Kraftwerke ist – wo immer möglich – zu vermeiden.
 - Gegebenenfalls ist die zeitweilige Ertüchtigung bestehender Kraftwerke als Zwischenlösung vorzuziehen.
 - Der Ersatz durch Erneuerbare Energie – beispielsweise durch Konzepte wie die Deutsch/Schweizer Offshore-Wind-/Wasserkraft-Kooperation – ist anzustreben.

2. Die Versorgungsstrategien sind auf die großräumige Stromversorgung mit erneuerbaren Energien auszurichten.
 - Das bedeutet die Planung des Overlay- oder Super-Netzes und
 - die Ausrichtung der Erweiterungsmaßnahmen des bestehenden Drehstromnetzes auf die Planungen des Supernetzes.
 - Es bedeutet aber keinesfalls eine Rückstellung kurzfristig notwendiger Ausbaumaßnahmen des bestehenden Drehstromnetzes.

3. Folgt aus den Überlegungen: Eine Beschleunigung von Netzausbaumaßnahmen ist unbedingt notwendig. Daher ist die Gesetzesinitiative äußerst wichtig. Das neue Gesetz sollte
 - möglichst keine Fußfallen für einen zügigen Netzausbau aufweisen und
 - dazu möglichst klare Regeln geben, damit keine unnötigen Verzögerungen der Planfeststellungsverfahren eintreten (Der Autobahnbau [beispielsweise der Ausbau der A44 von Kassel Richtung Osten] lehrt, dass auch der Weg über Planfeststellungsverfahren sehr lang sein kann.).
 - Zudem ist eine strenge Kontrolle des Fortschritts des Leitungsausbaus notwendig sowie Regeln, die die Einhaltung der Planziele gewährleisten.